

Humanitas



Erik Bodendieck © SLÄK

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Ende des vergangenen Jahres kommen immer mehr Asylsuchende nach Deutschland. Ab Mitte dieses Jahres stieg die Zahl in Sachsen und Deutschland stärker an als prognostiziert. Seitdem beschäftigen wir uns mit der offen zur Schau getragenen Ablehnung ausländischer Mitbürger. Viele Fachleute sind sich einig, dass wir es mit einer modernen Völkerwanderung zu tun haben. Diese kommt nicht ganz unerwartet, dennoch haben die politisch Verantwortlichen die Vorzeichen nicht wahrgenommen. Durch mangelnde Bürgerbeteiligung teilen sich diese beim Thema Asyl in Gegner und Befürworter. Grundsätzlich gilt: Asyl ist seit der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ein Menschenrecht und in Deutschland im Grundgesetz verankert (Art. 16a GG)!

Die Herausforderungen unserer Zeit bezüglich einer humanitären Hilfe für Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten sind jetzt nicht mehr nur auf dem Papier lesbar, nein, sie stehen im wahrsten Sinne des Wortes vor unserer Klinik- und Praxistür. Das macht manchen Mitbürgern Angst, macht einige unsicher und führt teilweise zu gewollten oder ungewollten Gegenreaktionen sowie zu einer Art Weglaufen vor dem Problem. Völkerwanderungen gibt es seit alters her und waren bis in die Neuzeit meist wirtschaftlichen Gründen geschuldet. Flucht und Vertreibung durch den 2. Weltkrieg haben ähnliche Folgen gehabt. Zuletzt gab es bis

November 1989 eine große Zahl von Wirtschaftsflüchtlingen aus der DDR in die Bundesrepublik.

Aggression und Ablehnung von Asylsuchenden entsteht immer aus Angst vor fremden Kulturen, ja bereits dem anderen Aussehen und der unbegründeten Sorge „etwas weggenommen zu bekommen“. Migration wird nie problemlos verlaufen. Auch die von Flucht und Vertreibung betroffenen Deutschen haben dies nach dem Zweiten Weltkrieg selbst im eigenen Land zum Teil schmerzlich zu spüren bekommen. Und es hat Jahrzehnte und Generationen gedauert, bis eine Integration stattgefunden hat.

Staatlich verordnet wird Integration nicht funktionieren. Und eine strikte Ausgrenzung von Asylgegnern schürt weitere Angst und damit Aggression. Unser Problem ist, das wenige Aufwiegler einen guten Nährboden in den Ängsten der Bevölkerung finden. Aus diesem Grund entsteht eine Teilung in zwei immer extremer werdende Lager. Integration muss jedoch aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Dazu ist jeder aufgerufen. Die Politik und die verantwortliche Administration laufen derzeit der Entwicklung scheinbar hinterher. Dies wird am Beispiel der mangelnden medizinischen Versorgung der Flüchtlinge in Sachsen besonders deutlich. Die hier ankommenden Flüchtlinge bedürfen nach den Strapazen der Flucht, den traumatischen Erlebnissen und den Kriegsverletzungen besonderer ärztlicher Versorgung. Dabei handelt es sich nicht nur um junge Männer und Frauen, die tausende Kilometer zu Fuß zurück gelegt haben, nein, auch viele Kinder und ältere Menschen sind zu uns gekommen, um Schutz vor Verfolgung und Krieg zu suchen.

In den letzten Wochen haben wir erlebt, welch hohes Maß an Hilfsbereitschaft unter den sächsischen Ärzten herrscht. Neben der Tätigkeit in Klinik, Praxis und Gesundheitsamt haben sich mittlerweile über ganz Sachsen unzählig viele Ärzte aber auch Studentinnen, Krankenschwestern, Hebammen und Angehörige anderer nichtärztlicher medizinischer Berufe völlig freiwillig bereitgefun-

den, im Ehrenamt die Akutversorgung der Flüchtlinge zu übernehmen. Drei Berichte davon finden Sie in diesem Heft. Ihnen gebührt dafür unser besonderer Dank. Wir können an diesem Beispiel sehen, dass das Genfer Gelöbnis und die Deklaration von Helsinki sowie alle ärztlich ethischen Verpflichtungen nicht nur leere Hüllen sind.

Leider vermissen wir bis heute ein Konzept der verantwortlichen Stellen für die medizinische Versorgung. Unser Sozialministerium, allen voran Frau Staatsministerin Klepsch und Frau Staatssekretärin Fischer, bemühen sich nach Kräften. Ich habe aber zuweilen den Eindruck, auch sie stehen mit uns allein da. Ein funktionierendes Ehrenamt darf aber nicht dazu führen, dass die Politik glaubt, es gäbe keinen Handlungsbedarf. Daher ist die Sächsische Landesärztekammer nicht nur dazu verpflichtet, die engagierten Kollegen nach besten Kräften zu unterstützen, sondern auch bei Landesregierung und Innenministerium eine strukturierte, transparente und untereinander abgestimmte Flüchtlingsversorgung anzumahnen.

Es geht dabei keinesfalls um eine Sonder- oder Luxusversorgung für Flüchtlinge, nein, es geht um humanitäre Hilfe. Die Menschen werden früher oder später auch in Ihrer Klinik oder in Ihrer Praxis mit ihren spezifischen Problemen vorsprechen. Und jeder Mensch hat bei Krankheit das gleiche Recht auf eine medizinische Versorgung. Politik und Selbstverwaltung müssen deshalb Lösungen finden, damit diese neuen Patienten in unser Gesundheitssystem mit Ärztebedarf, einem Mangel an Rettungskapazitäten, eingegliedert werden können. Ohne mittel- und langfristige Konzepte wird das Versorgungssystem überfordert.

Ich rufe Sie deshalb zur Mitarbeit auf. Verteilen wir die Last auf die breiten Schultern der sächsischen Ärzteschaft und zeigen wir wieder einmal, dass wir zusammenstehen und die Herausforderungen der Zukunft meistern können.

Erik Bodendieck
Präsident